

Wahlprüfstein

Anlegerschutzverein

WindEnergie AWE e.V.

Thema 1: Akzeptanz Energiewende

Stimmen Sie zu, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an Erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle für die Akzeptanz und dem Gelingen der Energiewende spielt? [Ja;Nein;Mit Einschränkungen] Wie möchte Ihre Partei die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Energiewende teilhaben lassen?

Ja, das ist zweifelsfrei der Fall und das bestätigt auch die Forschung. Aber auch die soziale Gerechtigkeit spielt eine zentrale Rolle für die Akzeptanz. Im ersten Bereich haben wir auf Bundesebene mit der EEG-Novelle 2023 die Bürgerenergiegesellschaft gesetzlich definiert und nun mit dem Solarpaket die Beteiligung von Bürger*innen weiter gestärkt, z. B. durch die neue Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung oder die Vereinfachung von Balkon-Solaranlagen. Hier wollen wir noch weitere Erleichterungen erreichen und Bürgerenergiegesellschaft weiter stärken – das liegt jedoch nicht auf EU-Ebene, sondern wird von nationalem Recht gestaltet.

Der zweite Bereich ist auf nationaler wie auf europäischer Ebene unser Leitgedanke bei der Energiewende: Wir sorgen dafür, dass sich alle den Wandel zur Klimaneutralität leisten und daran teilhaben können. Gemeinsam zeigen wir, dass konsequente Politik für Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke, sozialer Sicherheit und gerechten Chancen einhergeht.

Thema 2: Bürgerenergiegesellschaften

Unterstützen Sie spezifische und erleichternde Regelungen für Bürgerenergiegesellschaften? [Ja; Nein; Mit Einschränkungen] Welche Bestimmungen zur Unterstützung von Bürgerenergiegesellschaften möchten Sie in der nächsten Legislaturperiode forcieren oder neu einführen?

Mit der EU- Erneuerbaren Richtlinie (RED III) haben wir einen Turbo für Erneuerbare geschaffen, von dem auch Bürgerenergiegesellschaften profitieren werden: Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Brüssel konnten wir zum Beispiel viele Elemente zur Beschleunigung der

Verfahren in die Richtlinie hineinverhandeln - wie etwa neue Vorranggebiete für Energieanlagen für Erneuerbare und Limits für Genehmigungsfristen. Wie immer bei Richtlinien obliegt die Umsetzung in nationales Recht den Mitgliedstaaten und ist also auf nationaler Ebene zu entscheiden. Hier wurden mit dem Solarpaket weitere Verbesserungen für Bürgerenergiegesellschaften erzielt, etwa gelockerte Regelungen zur Ermittlung der Anlagengröße.

Thema 3: Unternehmensrechtsform Bürgerbeteiligung

Finanzanlagen im Grauen Kapitalmarkt sind für Kleinanlegerinnen und Kleinanleger nur schwer zu durchschauen. Sehen Sie die Notwendigkeit der Einführung einer neuen Unternehmensrechtsform, bei der die Bürgerbeteiligung im Zentrum des Geschäftsbetriebs steht? [Ja; Nein; Mit Einschränkungen]

Thema 4: Schutz des Begriffs „Bürgerbeteiligung“

Unter dem Sammelbegriff „Bürgerbeteiligung“ bieten Initiatoren von Erneuerbaren Energien Projekten eine Vielzahl unterschiedlicher Beteiligungsformen an, von schuldrechtlichen Konstrukten bis zu Gesellschaftsanteilen. Stimmen Sie zu, dass es eines Begriffsschutzes bedarf? [Ja;Nein;Mit Einschränkung]

Anmerkung: Die Themen 3 und 4 werden zusammen beantwortet.

Der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern hat einen hohen Stellenwert. Wir wollen auf europäischer Ebene Regeln setzen, um den europäischen Verbraucherschutz im gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken. Als Bürgerinnen und Bürger müssen wir in der Lage sein, fundierte Entscheidungen zu treffen. Das betrifft auch Entscheidungen auf dem Kapitalmarkt. Wir setzen uns etwa für ein Provisionsverbot für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen ein. Außerdem benötigen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle setzen. Zu den genannten Vorschlägen zur Einführung einer „Unternehmensrechtsform Bürgerbeteiligung“ sowie einem „Begriffsschutz Bürgerbeteiligung“ existieren keine Beschlüsse.

Thema 5: Verbesserung Rahmenbedingungen Kleininvestoren

Sehen Sie Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleininvestoren, die in nachhaltige Energieprojekte investieren möchten? [Ja; Nein; Mit Einschränkungen] Wie beabsichtigt Ihre Partei, Kleinanleger besser zu schützen und deren Beteiligung an grünen Investitionen zu fördern?

Es kommt vor, dass Kleinanleger bei Investitionsentscheidungen im Internet zu Entscheidungen verleitet werden, die sie hinterher bereuen. Anbieter nutzen teilweise gezielt Manipulationsmöglichkeiten, sogenannte Dark Patterns. Diese Manipulationsmöglichkeiten gilt es einzuschränken. Auch bei der Vermittlung von Geldanlageprodukten werden teils falsche Anreize gesetzt. Dies basiert vor allem auf Provisionen. Provisionen honorieren den Verkauf beim Verkäufer, nicht die Beratung. Daher setzen wir uns für ein Provisionsverbot für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen ein.

Thema 6: Reform europäischer Energiemarkt

Wie steht Ihre Partei zu einer Reform des europäischen Energiemarktes, um den Ausbau von Erneuerbaren Energien und die Bürgerbeteiligung zu erleichtern? Welche konkreten Schritte halten Sie für notwendig, um die Bürgerenergie im europäischen Kontext zu stärken?

Der Schlüssel zu günstigen Energiepreisen und einer Unabhängigkeit von fossilen Importabhängigkeiten etwa aus Russland liegt im beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren auf dem gesamten Kontinent. Dazu hat sich die EU ambitionierte Ausbauziele gesetzt und das ist gut so. Damit der Strom zu den Kundinnen und Kunden kommt, braucht es jetzt vor allem mehr Investitionen im Netzausbau. Aus den verschiedenen nationalen Stromnetzen muss ein europäisches Netz werden.

Thema 7: Förderung Bürgerbeteiligung

Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Bürgerbeteiligung an Erneuerbaren Energien nicht nur auf finanzielle Aspekte reduziert wird, sondern auch Mitbestimmung und lokale Entwicklung beinhaltet? Welche konkreten politischen Instrumente würden Sie einführen, um eine umfassende Bürgerbet. zu fördern?

Diese Frage betrifft die nationale Gesetzgebung, siehe auch Antwort 1.

Thema 8: Verbraucherschutz Erneuerbare Energien

Wie beurteilt Ihre Partei die aktuelle Situation bezüglich des Schutzes von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor irreführenden oder unfairen Geschäftspraktiken im Bereich der Erneuerbaren Energien? Welche legislativen Maßnahmen planen Sie, um den Verbraucherschutz in diesem Sektor zu stärken?

Es ist schwer zu sagen, wer durch irreführende Greenwashing-Taktiken mehr zu Schaden kommt: die Verbraucher*innen oder die Umwelt. Zum Schutz beider ist es höchste Zeit für effektive Maßnahmen, die verhindern, dass Produkte mit irreführenden Umweltversprechen überhaupt auf den Markt kommen – auch und gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien.

Bei der Green-Claims-Richtlinie haben wir Sozialdemokrat*innen uns mit Erfolg und gegen den heftigen Widerstand der Konservativen für eine Verpflichtung von Unternehmen eingesetzt: Künftig werden Aussagen über die Nachhaltigkeit von Produkte vorab von unabhängigen Prüfer*innen verifiziert. So werden Etikettierungen, ein Produkt sei nachhaltig, zuverlässiger. Zudem haben wir klarere Regeln für die Werbung mit einem Emissions-Ausgleich auf den Weg gebracht sowie für Produkte mit toxischen Inhaltsstoffen. Die Richtlinie soll Verbraucher*innen so vor Greenwashing schützen und ergänzt damit den europäischen Verbraucher*innen-Schutz.